

Öffentlicher Dienst: ver.di vor einer schweren Tarifrunde

Die bisherigen wichtigen Tarifrunde in der Chemie- und Metallindustrie haben mit Abschlüssen geendet, die keine befriedigende Antwort auf die momentanen Teuerungsraten geben. Prozentabschlüsse weit unterhalb der Inflationsrate und mit zu langen Laufzeiten. Hinzu kommen zwar Steuer- und abgabenfreie Einmalzahlungen über insgesamt 3000 €. Diese, von der Bundesregierung bewusst geschaffenen Zahlungen, dienen dazu, die Tarifrunden ruhig über Bühne zu bringen. Dies ist Ihnen mit Unterstützung der Vorstände von IG BCE und IG Metall auch gelungen.

Im Gegensatz zu den Industriegewerkschaften scheint ver.di zu versuchen einen anderen Weg einzuschlagen. Allein ihre Forderungen sprechen schon eine andere Sprache. Zu der Anfang 2023 anstehenden Tarifrunden im öffentlichen Dienst wurde ein umfangreiches Forderungspaket beschlossen das zumindest den Anspruch hat die Lohnverluste durch die Preisentwicklung auszugleichen. Dies sind im Einzelnen:

- 10,5 % mindestens 500 €
- 200 € für Azubis
- Unbefristete Übernahme aller Azubis nach der Ausbildung
- Laufzeit des Tarifvertrages 12 Monate

Bei einer in diesem Jahr zu erwartenden Preissteigerungsrate von 8 – 9 %, könnte diese Forderung dazu dienen, die Einkommensverluste die 2022 entstanden sind, weitgehend auszugleichen. Vor allem die Forderung nach einer Mindesthöhung von 500 € gibt den unteren bis mittleren Besoldungsgruppen die Möglichkeit dazu. Das dies kein Selbstläufer unter den jetzigen Bedingungen wird, kann sich wohl jede/r ausrechnen. Auch wenn ver.di im kommunalen Bereich viele Möglichkeiten hat wirkungsvolle Streiks durchzuführen, werden die Abschlüsse der Industriegewerkschaften von der Bundesregierung, den kommunalen „Arbeitgebern“ und den Medien als Vorbild angepriesen werden. Weiter wird sicherlich das Klagegedicht über die Schulden der öffentlichen Haushalte angestimmt und die Gewerkschaften zum Maßhalten aufgefordert werden.

All dies spielt in der innergewerkschaftlichen Debatte eine große Rolle. Die Ablehnung der von der Bundesregierung favorisierten Einmalzahlungen über 3000 € sind sehr deutlich. Sowohl bei den aktiven Gewerkschafter:innen wie

auch bei den Mitgliedern des Bundesvorstandes gibt es eindeutige
Stellungnahmen. Ob dies durchgehalten wird bleibt abzuwarten. So oder so
scheint der Bundesvorstand sich auf eine harte und langanhaltende
Auseinandersetzung vorzubereiten. Zum ersten Mal seit den 90 er Jahren kann
es wieder zu Urabstimmungen und unbefristeten Streiks kommen. Dies wäre
eine Abkehr von den in den letzten Jahren verfolgtem Ritual, das 3
Verhandlungsrunden vereinbart sind und nach der 3. Runde dann auch ein
Ergebnis präsentiert wird. Dies wäre dann Ende März der Fall. Sollte aber es
dieses mal anders werden, wird es im April Urabstimmungen und anschließend
unbefristete Streiks geben. Das es bis dahin ein weiter Weg unter diesen
Bedingungen ist kann sich jede/r an seinen fünf Fingern abzählen. Dazu bedarf
es einer wirklich breiten Mobilisierung der Beschäftigten und den Willen der
ver.di Führung sich für einen Abschluss einzusetzen, der deutlich positiver als
die Abschlüsse der Industriegewerkschaften sind. Dazu braucht es aber auch
die Bereitschaft der Mitglieder sich aktiv zu beteiligen und die Ver.di Führung
unter Druck zu setzen, um sie von einem lauen Kompromiss abzuhalten.

Anfang Januar beginnt auch die Tarifrunde bei der Deutschen Post/DHL. Hier
hat die zuständige Tarifkommission eine Forderung nach einer Lohnerhöhung
von 15 % aufgestellt. Dies wird auch nicht am Verhandlungstisch durchgesetzt
werden können. Wäre es hier nicht angebracht, die beiden Tarifrunden
zusammen zu führen? Dies würde sicherlich den Druck auf alle Seiten erhöhen,
wenn Briefe und Pakete nicht zugestellt, Mülltonnen nicht geleert und
Straßenbahnen und Buse in den Depots blieben. Damit würde ein weiteres
Ritual bei ver.di beendet: das jeder Bereich seine Tarifrunde alleine bestreitet.

22.12.22 Helmut Born

Siehe zum Hintergrund im LabourNet Germany das Dossier: [Tarif- und Besoldungsrunde öffentlicher Dienst Bund und Kommunen 2023](#)